

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 9 (1919)
Heft: 11

Rubrik: Berner Wochenchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Märzenſturm.

Das iſt der erſte Märzenſturm, der grünte,
Der über Nacht mit ſeiner hellen Stimme
Den Winter jäh aus ſeiner Ruhe ſchreckt.
Es brauſt und grollt in wilder Kraft und Fülle;
Er reiſt dem Winter Löcher in die Hüſſe,
Die rein und weiß noch Berg und Tal bedeckt.

Die Fegen fliegen, denn mit dumpfem Grollen
Schon die Lawinen in die Tiefe rollen,
Und immer lauter toſt zu Tal der Bach.
Die Läden krachen und die Fenſter klirren;
Die Wolken fangen an ſich zu entwirren.
Ein Sonnenscheinchen huſcht mir ins Gemach.

Die erſten Fliegen tummeln ſich vergnüglich.
Die Märzenglöcklein ſtreben unverzüglich
In's helle Licht aus Nacht und Winterſchnee,
Du biſt der erſte Märzenſturm! Dein Brauſen
Laß ich mir lachend um die Ohren ſauſen . . .
Die Seele hofft . . . Nun ſchweigen Leid und Weh.

Jakob Howald, Boltigen.



Beim Politischen Departement mel-
deten ſich bis dahin 500 Auslandschwei-
zer, die als Neutrale aus den kriegsfüh-
renden Staaten ausgewieſen wurden.
Die Ausweiſungen erfolgten mit der
Begründung, daß die öffentliche Sicher-
heit ſolche Maßnahmen rechtfertige. In
vielen Fällen genügte auch die gering-
fügigſte Denunziation, um einen Neu-
tralen als ſtaatsgefährlich erſcheinen zu
laſſen. Das Politische Departement hat
ſich der Ausgewieſenen in jeder Be-
ziehung angenommen durch Unter-
ſtützung der Mittelloſen, durch Stellen-
vermittlung, ſowie durch Geſuche bei
den betreffenden Regierungen, ihnen die
Rückkehr in ihren früheren Wirkungskreis
wieder zu geſtatten.

Der Bundesrat hat die Errichtung
eines eidgenöſſiſchen Kommiſſariats für
Arbeitsbeſchaffung beſchloſſen, das als
dringendſte Aufgabe eine Erhebung über
den Umfang und den Charakter der
Arbeitsloſigkeit für die ganze Schweiz
durchführen wird. Bei der äußerſt
ſtarken Zunahme der Arbeitsloſigkeit iſt
eine energiſche und rationelle Be-
kämpfung derſelben eine dringende Not-
wendigkeit. Als eidgenöſſiſcher Kommiſ-
ſar wurde Herr Oberingenieur Rothplek
ernannt.

Die neue deutſche Regierung hat ver-
ordnet, daß ſowohl die inländiſchen wie
auch die ausländiſchen arbeitsloſen Ar-

beiter im Recht auf Arbeitsloſenunter-
ſtützung vollkommen gleichgeſtellt ſind.
Die Schweizer genießen nach dem Nie-
derlaſſungsvertrag vom 18. November
1918 nach wie vor in bezug auf Nieder-
laſſung, Aufenthalt und Ausübung von
Handel und Gewerbe die gleichen Rechte
wie die Inländer.

Unter dem Vorſitz von Bundesrat
Schultheß beſchloß die vom ſchweizeri-
ſchen Volkswirtschaftsdepartement einbe-
rufene Expertenkommiſſion mit 35 gegen
5 Stimmen, es ſei die Alters- und In-
validenverſicherung, ſowie die Fürſorge
für die Hinterbliebenen nicht auf kanto-
nalem, ſondern auf eidgenöſſiſchem
Boden durchzuführen. Es ſoll eine Ver-
faſſungsbeſtimmung aufgeſtellt werden,
die das Geſetzgebungsrecht für die neue
Verſicherung ausdrücklich dem Bunde zu-
ſpricht. Die Mitwirkung der Kantone
betreffend Durchführung des ſozialen
Werkes ſoll ihre Regelung in einem
beſondern Ausführungsgesetz finden.
Der Vorſchlag des Bauernverbandes,
vorerſt nur die Altersverſicherung durch-
zuführen und die Mittel hiezu durch
eine Steuer aufzubringen, wurde ab-
gelehnt. Die Kommiſſion beſchloß viel-
mehr, das erforderliche Dedungskapital
ſei durch Beitragsleiſtungen aller Ver-
ſicherten zu beſchaffen. Nach dem Vor-
bild des Kantons Glarus ſoll die
Altersverſicherung als eine Zwangsver-
ſicherung behandelt werden, in der
Weiße, daß ſie für die geſamte ſchwei-
zeriſche Bevölkerung vom 17. Alters-
jahre an obligatoriſch erklart wird. Das
Bundesamt für Sozialverſicherung er-
hielt den Auftrag, die erforderlichen ver-
ſicherungstechniſchen Berechnungen auf-
zuſtellen.

Laut Bericht des eidgenöſſiſchen Ver-
ſicherungsamtes haben die ſchweizeriſchen
Verſicherungsgeſellſchaften im abgelaufenen
Jahre 1918 trotz der ſchwierigen
Zeitverhältniſſe ihre vertraglichen Ver-
pflichtungen reſtlos erfüllt. Von den
ausländiſchen Geſellſchaften wurden mit
wenigen Ausnahmen die dem ſchweize-
riſchen Verſicherungsbeſtand entſprechen-
den Dedungskapitalien bei der ſchweize-
riſchen Nationalbank hinterlegt.

Unter dem Vorſitz von Bundesrat
Müller beſchloß die Konferenz der kan-
tonalen Polizeidirektoren mit Einſtim-
migkeit, eine vollſtändige Schließung der
Grenzen ſei abzulehnen. Entlaſſenen
ausländiſchen Wehrmännern, die mit
ihren Familien ſchon vor dem Krieg
in der Schweiz niedergelaſſen waren, ſoll
die Rückkehr wieder geſtattet werden.

Der Bundesrat hat den tſchecho-
ſlowakiſchen und polniſchen Staat an-
erkannt und den diplomatiſchen Verkehr

de facto aufgenommen. Die polniſche
Regierung hat Herrn de Modzelewski
zum Geſchäftsträger in der Schweiz er-
nannt.

Der ſchweizeriſche Geſandte in Mad-
rid, Miniſter Albert Mengotti, iſt auch
in Liſſabon als ordentlicher Geſandter
für die Schweiz akkreditiert worden.

Bei den Straßenkämpfen in Berlin
hat der junge Schweizer Dr. phil. Albert
Banderet, ein geborner Neuenburger,
den Tod gefunden. Kurz nachdem er
an der Univerſität Berlin ſein Doktor-
examen beſtanden hatte, trat er aus
idealer Ueberzeugung in die Studenten-
wehr, um gegen die Spartakiſten zu
kämpfen.

Von gewiſſer italieniſcher Seite
machen ſich Wünſche auf das Münſter-
tal, Bergell und Buſchlaw im Kanton
Graubünden deutlich bemerkbar mit der
Begründung, daß die Grenze dem Ge-
birgskamm und der Waiſſerſcheide ent-
lang laufen müſſe. Als Kompensation
würden der Schweiz das Livigno und
das gänzlich unbewohnte Valle di Lei
an der graubündneriſchen Grenze an-
geboten. Der „Messaggero Ticineſe“
wendet ſich energiſch gegen alle der-
artigen italieniſchen Annexionsgeliſte,
und am allerwenigſten wäre wohl die
Bevölkerung der betreffenden Täler
damit einverſtanden.

Im Borarlberg nimmt die Bewegung
für den Anſchluß an die Schweiz immer
größern Umfang an. Von den 56,950
Stimmberechtigten haben bereits 40,334
ihre Unterſchriften für den Anſchluß
gegeben. Gegen den Anſchluß wendet
ſich energiſch das Organ der „Deutſch-
freiheitlichen“, indem es die Bevölkerung
aufruft, Proteſtverſammlungen abzu-
halten.

Der Bundesrat hat die Einfuhr des
öſterreichiſch-ungariſchen und ruſſiſchen
Papiergeldes verboten.

Ueber die Zollämter der ſchweizeriſch-
franzöſiſchen und italieniſchen Grenze iſt
auf Anfang März die Ausfuhrbewilligung
für Plattſchigewebe, gewobene
Baumwollbänder und beſtidte Taſchen-
tücher erteilt worden. Ferner wurde vom
10. März hinweg der Handel mit Eiſen
und Stahl, Papier, Karton, Seife und
Waſchpulver freigegeben.

Laut Beſchluß der italieniſchen Re-
gierung wurde der Verkauf von Schwe-
fel nach dem Ausland freigegeben. Das
der Schweiz zugewieſene Kontingent von
6000 Tonnen pro Jahr bleibt vorläufig
fortbeſtehen.

Die Einfuhr von Petrol betrug vom
22. Januar bis 23. Februar 903 Ton-
nen (gegen 461 in der vorhergehenden
Periode) und 286 Tonnen Benzin, deſſen
Einfuhr längere Zeit empfindlich ſtodte.

Die Kohleneinfuhr vom 1. bis 28. Februar betrug insgesamt 75,604 Tonnen. Die Hauptmenge, 63,978 Tonnen, kam wieder aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet. Der erste Zug mit belgischen Kohlen ist am 8. März in Basel eingetroffen. Es wird nun täglich ein Zug erwartet. —

Da große Eierlegenden aus Italien in Aussicht stehen, gibt man sich der Hoffnung hin, daß die außergewöhnlich hohen Preise für Eier in der Schweiz demnächst sinken werden. —

Nach einem Antrag der Telegraphen- und Telephonverwaltung soll beim Telegraph die Grundtaxe von 30 auf 50 Rappen und die Worttaxe von 2½ auf 5 Rappen erhöht werden. Die Telephontaxen für Lokalsgespräche und interurbane Gespräche bis auf 20 Kilometer werden um 5 Rappen, die übrigen Taxen von 21 Kilometer an um 10 Rappen erhöht. Die Mehreinnahmen werden für das nächste Jahr auf 9 Millionen Franken berechnet. —

Nach dem Beschluß des Bundesrates vom 3. März sind die Offiziere der Jahrgänge 1862—66, die Unteroffiziere und Soldaten der Jahrgänge 1866—70 aus der Wehrpflicht entlassen. —

In Kreisen schweizerischer Elektrotechniker wird gegenwärtig der Bau einer großen Hochspannungsleitung vom Bodensee bis nach Genf erörtert. Dadurch würde ein Energieausgleich zwischen sämtlichen Elektrizitätswerken der Schweiz möglich, was zur Folge hätte, daß die Strombeschaffung für die Eisenbahnen wesentlich erleichtert würde. —

Der Simplon-Expreß, der eine rasche Verbindung zwischen Paris-Mailand-Benedig ermöglicht, soll in nächster Zeit wie vor dem Krieg wieder in Betrieb gesetzt werden. —

Unter dem Vorsitz von Dr. Woder konferierten in Bern die Delegierten der schweizerischen Eisenbahner. Es soll eine Verständigung gesucht werden, da sonst ein Austritt der bürgerlich Gesinnten bevorsteht. —

Die belgische Delegation hat nach einer englischen Pressenmeldung Einspruch dagegen erhoben, daß die Schweiz dem Völkerbund beitreten könne, ohne die militärischen Pflichten, die aus ihrer Mitgliedschaft erwachsen, zu übernehmen. Die belgische Regierung vertritt den Standpunkt, daß der Beitritt zum Völkerbund sich mit der Neutralität nicht vereinbaren lasse. —



† Gottfried Ballh,

gew. Angestellter in den eidgenössischen Werkstätten in Thun.

In Thun verstarb kürzlich ein einfacher und stiller Bürger, Herr Gottfried Ballh, gewesener Angestellter in den eidgenössischen Werkstätten in Thun, nach schwerer Krankheit im Alter von 66 Jahren, dem an dieser Stelle ein ehrendes Dankeswort für seine aufopfer-

ungsvollen Dienste beim Samariterwesen gebührt. Im Jahre 1889 half der Verstorbene mit, die Sektion Thun des schweizerischen Samariterbundes



† Gottfried Ballh,

gründen, und er war seither fast ununterbrochen Mitglied des Vorstandes. 1894 absolvierte er in Bern einen Hilfslehrerkurs. An öffentlichen Festen, großen Veranstaltungen, und wo es not tat, war er immer zugegen, um seine Pflicht als Samariter zu erfüllen, worin er eine, ihm Bedürfnis gewordene, Lebensaufgabe erblickte. Für seine philanthropische Wirksamkeit fand er dann hohe Anerkennung dadurch, daß ihm der Samariterverein Thun das Amt eines Hilfslehrers bei den Kurien und des Verwalters des Krankenmobiliarmagazins anvertraute und ihn zum Ehrenmitglied ernannte. Auch die Stadtmusik Thun verlieh ihm die Ehrenmitgliedschaft, und sie geleitete seine Leiche bei der Beerdigung unter den Klängen des Beethoven'schen Trauermarsches an die Totengruft. —

Der Große Rat behandelte ein 25 Millionen-Anleihen für den Kanton Bern, das in dieser Höhe aufgenommen werden muß, da die laufenden Ausgaben des Staatshaushaltes durch die Vermehrung der Steuern nicht wettgemacht werden können. Der Zweck des Anleihens liegt namentlich in der Erwerbung neuer Aktien der Bernischen Kraftwerke und der Unterstützung notleidender Eisenbahnen, die ohne staatliche Hilfe den Betrieb nicht weiterführen können. Weitere Beträge des Anleihens sind bestimmt für den Wohnungsbau der Stadt Bern, für Bodenverbesserungen, Hilfeleistungen im Oberland und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Besoldungsdekrete für die evangelischen, christkatholischen und römisch-katholischen Geistlichen werden nach den Vorschlägen der Regierung angenommen. Für die Lehrer an technischen Schulen wird eine Besoldungserhöhung von 50—65 Prozent beschlossen; die Besoldungsansätze für die Beamten der Brandversicherungsanstalt sollen um die Hälfte erhöht werden.

Die Zeugengelder für weniger als einen halben Tag werden auf 1—2 Fr. und darüber hinaus auf 3—4 Fr. angehoben. Erhöht werden ferner die Experten- und Notariatsgebühren, welche letztere vom Jahr 1851 datieren und angesichts der herrschenden Teuerung eine Erhöhung wohl ertragen. Dem Volk wird demnächst das Gesetz über den Verkaufspreis des Salzes zur Abstimmung vorgelegt, der für die Dauer von zehn Jahren auf 25 Rp. per Kilo festgesetzt werden soll. Sobald der jährliche Ertrag der Salzhandlung 900,000 Franken übersteigt, soll der Mehrbetrag bis zur Höchstsumme von 200,000 Fr. zur Ausrüstung eines Fonds für die kantonale Alters- und Invalidenversicherung Verwendung finden.

Das Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung wurde einer zweiten Lesung unterzogen. Die obere Einkommensgrenze für die obligatorische Versicherten soll 5000 Fr. betragen. Die Versicherung für die gesamte bernische Bevölkerung obligatorisch zu erklären, wurde nicht gutgeheißen aus der Erwägung, daß die Ärzte dabei nur tarifmäßige Behandlung der Kranken auszuüben hätten, woraus eine Schädigung für den ganzen Arztstand hervorgehen würde. —

Am 8. März tagte im Bürgerhaus in Bern eine Versammlung aus allen Teilen des Kantons, um die Gründung einer kantonalen Gewerbetarbeitspartei zu besprechen. Herr Joh. Vorsteher des kantonalen Gewerbesekretariats verbreitete sich in seinem einleitenden Referat über die Abwehrmaßnahmen gegen die Ueberfremdung der Schweiz und über die Gefahren, die dem Mittelstand aus den Monopolen erwachsen. Es ist dringend notwendig, der drohenden Spaltung zwischen Prinzipalen und Angestellten entgegenzuarbeiten. Hinsichtlich der 48 Stunden-Woche kann die Schweiz nicht vorangehen, da es geboten erscheint, eine internationale Regelung der Frage abzuwarten. Es ist darauf zu dringen, daß die Alters- und Invalidenversicherung auch den Kleinrentnern zugute kommt. In der Diskussion drehte sich die Frage hauptsächlich darum, ob die Gewerbetreibenden eine politisch selbständige Partei gründen oder an eine bürgerliche Partei Anschließ suchen sollen. Schließlich gelangte eine Resolution von Regierungsrat Tschumi zur Annahme, die darin gipfelt, daß die freierwerbenden Bürger sich zu einer wirtschaftlichen Partei zusammenschließen, die sich mit andern Parteien zu einem nationalen Block vereinigt. —

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die bernische Regierung beschlossen, sämtlichen Zweigen der kantonalen Verwaltung die Weisung zu erteilen, nach Möglichkeit durch die Ausföhrung von Arbeiten Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Mittels Urabstimmung in den Sektionen hat der Kantonalturnverein mit 101 gegen 10 Stimmen beschlossen, einen kantonalen Turntag durchzuführen. Um die Uebernahme hat sich die Sektion Herzogenbuchsee beworben. —

Ueber die Ankunft der 500 Wienerkinder, die zur Erholung nach Adelboden

gebracht wurden, wird berichtet, daß ein großer Teil der Kinder daselbst ohnmächtig angekommen sei, trotzdem sie vorher eine Stärkung erhalten hatten. Viele waren körperlich so geschwächt, daß sie trotz ihrer 10—12 Jahre nicht imstande waren, auf den Füßen zu stehen; sie mußten getragen werden. Am 10. März veranstalteten die Kinder, die sich trefflich erholten, im Hotel Simphon in Frutigen eine Kindervorstellung als Dank für ihre freundliche Aufnahme in der Schweiz.

Der Besitzer des Hotels Bellevue in Iseltwald beabsichtigt, die Strecke Brienz-Iseltwald-Ringgenberg dem Personenverkehr dienstbar zu machen, zu welchem Zweck ein größeres Motorboot angeschafft wurde.

Unterhalb des Hotels Blümlisalp auf dem St. Beatenberg breitete sich ein Waldbrand von ziemlicher Ausdehnung aus.

Bei Gwatt schreitet man gegenwärtig zur Ausbeutung größerer Torflager. Die Aushebung geschieht mit Maschinen; der so gewonnene Brekthorff soll sich durch gute Qualität auszeichnen.

In Bärau fiel der siebenjährige Hans Schild in die Älvis, die stark angeschwollen war. Sein älterer Bruder, der ihn retten wollte, wurde von den Wellen fortgerissen. Ein dritter Bruder, der den beiden nachsprang, konnte nur den zweiten an das Ufer bringen. Der erste wurde 500 Meter flussabwärts von einem herbeieilenden Bürger an das Land gebracht. Durch die Wiederbelebungsvorläufe des Arztes konnte der Knabe ins Leben zurückgerufen werden.

Der Reingewinn der im nächsten Herbst in Langenthal stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellung soll den Grundstock zu einer Hilfs- und Rentenkasse für Dienstboten bilden, die berufen sein wird, ein soziales Hilfswerk für den Oberrheingau zu werden.

Mangel an Kohle veranlaßte die Biel-Meiningen-Bahn, auf den 7. März den Betrieb einzustellen. Da viele Arbeiter und Schüler die Bahn regelmäßig benutzen, wäre ein Umbau der Bahn für elektrischen Betrieb sehr wünschenswert.

In Biel demonstrierten 250 Jungburschen vor dem Antheus, wo der bekannte Buchdrucker Jordi wegen Herausgabe aufrührerischer Schriften 10 Tage absetzen muß.

Die Sammlung für die Nationalspende ergab im Amtsbezirk Courtelary 29,300 Fr.

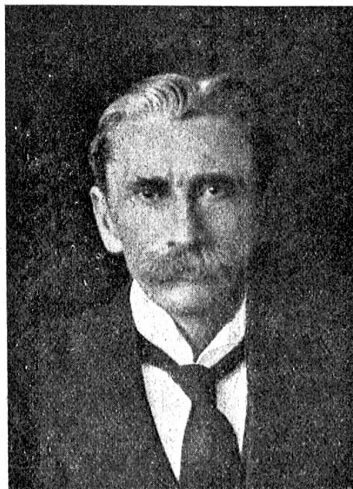
Der neue Stadtrat von St. Immer ermächtigte den Gemeinderat, für 1919 an die Beamten, Angestellten und Arbeiter die gleichen Feuerungszulagen auszurichten, wie im verfloffenen Jahre.



† Oberlehrer Alfred Reist.

Mit Alfred Reist ist ein echter bernischer Schulmann von großer Tüchtigkeit, ein lieber, besorgter Vater seiner

Familie, ein treuer Freund seinen Freunden und überhaupt ein guter Mensch dahingegangen. Er war geboren am 15. Januar 1864 als Sohn einer kinder-



† Oberlehrer Alfred Reist.

reichen Lehrersfamilie in Lühelflüh. Nach absolvierter Sekundarschule trat er ins bernische Lehrerseminar ein. Nach der Seminarzeit erhielt er eine Stelle an der Knabenerziehungsanstalt Marwangen, wo er drei Jahre verblieb. Ueber die Lehrtätigkeit hinaus mußten die Lehrer die Zöglinge in die landwirtschaftlichen Arbeiten einführen und dabei selbst Hand anlegen. Diese seine erste Wirksamkeit war ihm wohl von großem Nutzen für seine spätere erzieherische Tätigkeit. Nachdem er einige Monate in einem Pensionat in Boudry zugebracht, wurde er 1885 an die Primarschule der oberen Stadt nach Bern gewählt. Kurse im Handfertigkeitsunterricht und ein am Technikum Winterthur verbrachtes Semester dienten ihm zur Ausbildung im Technisch Zeichnen. Später besuchte er neben der Schulzeit noch Vorlesungen an der hiesigen Universität und erwarb sich Fachzeugnisse zum Unterricht an Mittelschulen.

1891 verheiratete er sich und gründete ein eigenes Heim. Die Primarschule wurde ihm anvertraut, wo er die angehenden Lehrerinnen aus dem städtischen Mädchenseminar in ihre spätere praktische Arbeit einzuführen hatte. Zugleich erteilte er den Schreibunterricht am Mädchenseminar. 1910 wurde er an die Stelle des Oberlehrers an der Primarschule obere Stadt gewählt; er betätigte sich auch an der Handwerkerschule und Fortbildungsschule, arbeitete viel im Armenwesen und war lange Jahre Sekretär der Armenkommission. Als der Krieg ausbrach, wurde er zum Präsidenten der Notstandskommission gewählt und diese neue Arbeitslast hat seine Gesundheit zum Wanken gebracht, so daß er im Herbst 1915 ein erstes Mal aufs Krankenlager kam. Als dann am 1. März 1916 seine Frau starb, war er so sehr gebrochen, daß er sich nicht mehr erholen konnte. Die Krankheit fesselte ihn für lange Zeit ans Krankenlager. Umgeben von seinen Kindern und Angehörigen ist er am 27. Februar in Thun, wo er Erholung suchte, sanft entschlafen.

Ueber 25 Jahre war er Mitglied des Berner Männerchors und fand hier die Erholungstunden von seiner mühevollen Arbeit. F. B.

Die in Bern tagende Völkerverbündungskonferenz einigte sich in einer Resolution dahin, daß das Völkerverbündungsparlament die einzige gesetzgebende Instanz des Völkerverbundes sein soll. Der Plan für die Errichtung eines Staatenrates wurde fallen gelassen. Als eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerverbundes gilt die internationale Arbeitergesetzgebung, für welche die Schaffung eines permanenten Arbeitsbureaus vorgenommen werden soll. Das Basler internationale Arbeitsamt soll als wissenschaftliches Forschungsinstitut diesem neuen Bureau gegenüber seine Selbstständigkeit bewahren. Ein Antrag von Dr. P. Endt (Holland), der die Mitarbeit von Arbeiter- und Soldatenräten vorsieht, drang nicht durch. Ueber die Kolonialfragen referierte Dr. Endrich (Schweiz), der die Verwaltung der Kolonien unter die Aufsicht des Völkerverbundes gestellt wissen möchte. Ueber die Frage, ob der Begriff eines Volkes oder einer Völkergemeinschaft, die das Selbstbestimmungsrecht beanspruchen können, juristisch definiert werden soll, standen sich zwei Anträge gegenüber. In der Schlussabstimmung siegte der Antrag von Nikolai und Mrs. Snowdon, daß der Individualwille, eine Nation zu bilden, allein ausschlaggebend und daher eine Definition des Volksbegriffes überflüssig sei, ja sogar gefährlich, da sie in willkürlicher Weise zur Unterdrückung ausgenutzt werden könnte.

Herr Armeninspektor Lörtscher hielt im Grobtratsaal einen Vortrag über die Schweizer-Hilfsaktion für Wien. In anschaulicher Weise orientierte er die Zuhörer über die Anfänge und die Organisation des Hilfswerkes und gab eine eindringliche Schilderung von dem Elend in Wien, das er anlässlich seines Besuches als Delegierter mitangesehen hatte.

Zur Unterbringung hungernder Kinder aus Wien, Graz und Linz hat sich ein stadtbernisches Komitee gebildet. Familien, die geneigt sind, Kinder aufzunehmen, belieben ihre Adressen innerhalb acht Tagen an Frau C. v. Wattenwil, Thunstrasse 55, Bern, einzusenden. Geldbeiträge zur Unterstützung des Hilfswerkes können auf Postfach Nr. III/2630 „Hungernde Kinder“ einbezahlt werden.

Der Gemeinderat hat für die Stadt Bern das Grippeverbot aufgehoben.

Im Stadtrat wurde die Billektsteuer erledigt. Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag des Gemeinderates, bei 50 Rappen zu beginnen, wurde das Minimum auf 70 Rappen erhöht, wohl in der Absicht, die Volksvorstellungen der Arbeiter steuerfrei zu halten.

Der Gemeinderat beabsichtigt, in Außerholligen 12 und an der Ventulusstrasse 8 Wohnhäuser zu erstellen. Der erforderliche Kredit wird auf 1,818,000 Franken berechnet.

Der Burgerrat nimmt gegenwärtig den gründlichen Umbau des Restaurants auf der St. Petersinsel vor.

Gegen die Nationalräte Dübn, Grimm und Alg und Großrat Münch wurde wegen Zuwiderhandlung gegen das Gripeverbot Anklage eingereicht. Der Polizeirichter gelangte zu einer Freisprechung, da der Nachweis, daß die Genannten die Verantwortlichen der im November stattgefundenen Versammlung gewesen seien, nicht erbracht ist, und sie ferner in dem Glauben handelten, die Versammlung sei erlaubt gewesen. —

Der Gemeinderat beantragt, die Schließungsfunde für die Wirtschaften in der Gemeinde Bern auf 11 Uhr, für Samstag und Sonntag auf 12 Uhr nachts festzusetzen. Nach Genehmigung durch den Regierungsrat wird der Beschluß sofort in Kraft treten. —

Die Polizei konnte wieder eine Anzahl von Kleiderdieben einbringen. Die meisten waren wegen ähnlicher Delikte schon vorbestraft. —

Bei der Altenbergbrücke wurden in der Nare einige Kisten mit Revolvermunition gefunden. Der Vergleich mit den Munitionsfunden in Zürich zeigte, daß es sich um gleichfabrige Patronen handelte, wie sie durch die deutsche Gesandtschaft in Zürich an italienische Anarchisten ausgeliefert wurde zur Verwendung bei der geplanten Revolution in Italien. —

Am 11. März feierte in unserer Stadt der Buchhändlermeister Egli sein 60. Arbeitsjubiläum. Er steht im 75. Altersjahr und versieht in pflichtgetreuer Arbeit noch heute seinen Dienst im kantonalen Zeughaus. —

Als Ertrag des Viederkonzertes von George Farnham Meader konnte dem Orchesterverein die Summe von 1000 Franken übermittelt werden. —

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, zum Zweck der Abgabe von Milch zu reduzierten Preisen, sowie für die allgemeine Verbilligung der Milch einen Kredit von 100,000 Franken zu bewilligen. —

Am 11. März zwischen 11 und 12 Uhr demonstrierten etwa 70 Arbeitslose mit einer roten Fahne vor dem Bundeshaus. Sie entzündeten eine Abordnung zu Bundesrat Schultheß, an den sie das Verlangen an Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung stellten. Eine Abordnung der Arbeiter der Waffenfabrik wurde zu Bundesrat Decoppet beschieden. —

Am 12. März begannen vor dem Divisionsgericht 3 die im Januar abgebrochenen Verhandlungen gegen die Urheber des Landesstreiks. Die Frage der Zuständigkeit des Gerichtes ruft neuen langen Erörterungen. —

Im Burgerratsaal veranstaltete die zionistische Ortsgruppe Bern einen Vortragsabend. Prof. Dr. Chajes forderte, daß der Völkerbund den Juden ihr Recht auf Palästina gewährleiste. Ein weiterer Redner schilderte die gegenwärtige Lage der Juden in Polen und Ostgalizien als verzweifelt und forderte für die dort lebenden Israeliten die nationale Autonomie und den Schutz des Völkerbundes. In einer Resolution wurde die Aufnahme der jüdischen Nation in den Völkerbund verlangt. —

Aus den Kantonen

Zürich. Die Bauernpartei, welche den durch den Rücktritt des Regierungsrates Luz freigewordenen Sitz für sich in Anspruch nimmt, stellt als Kandidaten für die Regierung Herrn Kantonsrat Tobler, Sekretär des Nordostschweizerischen Milchverbandes in Winterthur, auf.

In der Sitzung des Kantonsrates begründete D. Lang das Initiativbegehren für die Einführung des Frauenstimmrechtes. Der Antrag wurde angenommen und zur weiteren Behandlung einer Kommission überwiesen.

In der Stadt Zürich wurde eine 16-föpfige Schmugglerbande abgeurteilt, die letztes Jahr über 300 Kilo Pfeffer und 500 Kilo Mandeln nach Deutschland geschmuggelt hatte.

Ein Angestellter der städtischen Straßenbahn verübte einen Ueberfall auf den auf dem Heimweg begriffenen Stadtrat Paul Pflüger, der sich erfolgreich zur Wehre setzte, so daß der Angreifer verhaftet werden konnte. Der Angestellte war wegen Spielsucht unter Vormundschaft gestellt worden und wollte sich dafür rächen. —

Thurgau. Eine Interpellation von sozialdemokratischer Seite betreffend Mitwirkung staatlicher Organe bei der Bildung von Bürgerwehren wurde dahin beantwortet, daß dem Regierungsrat von einer solchen Mitwirkung nichts bekannt sei.

Ein Postulat betreffend Einführung und Subvention des hauswirtschaftlichen Unterrichtes in den obersten Klassen der Primarschulen wurde abgelehnt.

Der Regierungsrat hat den Verkaufspreis des Kochsalzes auf 26 Rappen das Kilogramm erhöht. —

In Romanshorn ist der Rassenverkehrsverkehr mit Prag wieder aufgenommen worden. Der gesamte Postverkehr (ohne Nachrichten, Postanweisungen und Einzugsmandate) nach Tschecho-Slowakien ist wieder zugelassen. —

St. Gallen. Der Regierungsrat hat, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, Bodenverbesserungsprojekte mit einer Kostensumme von 476,000 Fr. genehmigt. Auch der Stadtrat von St. Gallen hat für die Notstandsarbeiten die Summe von 170,000 Fr. beschlossen.

Der Große Stadtrat von Luzern genehmigte für die städtischen Betriebe die 50 Stundenwoche gegen den sozialdemokratischen Antrag auf 48 Stunden. Der kommunale Wohnungsbau wurde abgelehnt, dagegen zur Hebung der Wohnungsnot die Subvention von Bau-genossenschaften gutgeheißen. —

Glarus. Der Landrat hat beschlossen, der Landsgemeinde 1920 eine Vorlage über den Ausbau der Krankenversicherung mit Einführung des Obligatoriums zu unterbreiten.

Im Lehrerbefoldungsgesetz wurde die Mindestbefoldung für Primarlehrer auf 3500 Fr., für Sekundarlehrer auf 4500 Fr. und die Dienstalterszulage im Maximum auf 1200 Fr. festgesetzt. —

Nidwalden. Der Regierung wurde von der Gesellschaft zentralschweizerischer

Kraftwerke in Luzern ein Konzessionsgesuch eingereicht für die Anlage eines neuen großen Elektrizitätswerkes im Drachenried, wo ein Stausee von 50 Millionen Kubikmeter Inhalt angelegt würde. Es handelt sich um die Ausnützung der Sarneraa und Engelbergeraa mit ihren Nebengewässern. Letztere würde in einem Stollen durch das Stanserhorn und von da in den Stausee im Drachenried geleitet. —

Solothurn. Der Regierungsrat hat in einem Gesetzesentwurf die Gehälter der Beamten, Angestellten, Lehrer, Polizisten und Arbeiter des Staates neu geordnet. Für die Beamten, Kantonschullehrer und Polizisten sollen die Befoldungsansätze vom Jahre 1918 um 30 Prozent erhöht werden. Das Mindestgehalt wird für die Primarlehrer auf 3200 Fr., für die Lehrerinnen auf 2900 Fr. und für die Bezirkslehrer auf 4200 Fr. festgesetzt. Die Arbeiter der staatlichen Betriebe erhalten per Tag 7—8 Fr. Die tägliche Arbeitszeit soll 8 Stunden nicht überschreiten.

In Grenchen wird für die Wahl des Ammanns ein dritter Wahlgang nötig, da keine Partei das absolute Mehr von 1091 Stimmen erreichte; der bürgerliche Kandidat erhielt 1080, der sozialdemokratische 1077 Stimmen.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn stellt sich auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes, verwirft aber die Butschaktik.

Wegen vermehrter Grippegefahr werden im Kanton Aargau keine Tanzbewilligungen mehr erteilt. —

Das Militärkassationsgericht hat sich mit dem Kassationsbegehren in Sachen Müller und Konsorten betreffend die Generalstreitvorfälle in Solothurn befaßt. Das Begehren wurde abgelehnt aus dem Grunde, weil die Notverordnung des Bundesrates vom 11. November schon an diesem Tage in Kraft getreten sei. —

Freiburg. Von der radikalen Gruppe des Großen Rates wurde eine Motion auf Revision der Kantonsverfassung im Sinne der Erweiterung der Volksrechte eingereicht. Verlangt wird das Finanzreferendum bei Ausgaben über 500,000 Fr., Volkswahl des Staatsrates, Unvereinbarkeit der Aemter als Abgeordneter und Regierungsmitglied, namentlich aber die Verfassungs- und die Gesetzesinitiative bei 3000 Unterschriften. —

Neuenburg. Der Regierungsrat wird dem Großen Rat beantragen, in die Verfassung einen neuen Artikel aufzunehmen mit folgendem Wortlaut: Die Frauen besitzen die gleichen politischen Rechte wie die Männer; sie üben sie nach den Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze unter den gleichen Bedingungen wie die Bürger aus. Der Große Rat wird beauftragt, diesen Entwurf einer Volksabstimmung zu unterbreiten. —

Tessin. An der schweizerisch-italienischen Grenze herrscht große Unzufriedenheit wegen der Straßen-Grenzperre, wie sie italienischerseits gehandhabt wird. Der Süd-Tessin wird von der Zufuhr an Gemüse, Eiern, Butter usw. abgeschnitten.